

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 16. bis 31. März 1927 ist täglich (einschließlich Sonntagen) von 1.00 Mk. halbjährlich für 1000 Exemplare zu zahlen. (Einschließlich Postgebühren.)

**Anzeigen-Preise:** Die ersten 10 Zeilen zu 20 Pfg., die 11. bis 20. zu 15 Pfg., die 21. bis 30. zu 10 Pfg., die 31. bis 40. zu 8 Pfg., die 41. bis 50. zu 6 Pfg., die 51. bis 60. zu 5 Pfg., die 61. bis 70. zu 4 Pfg., die 71. bis 80. zu 3 Pfg., die 81. bis 90. zu 2 Pfg., die 91. bis 100. zu 1 Pfg. (Einschließlich Postgebühren.)

Verantwortlich: Redaktions-Bureau.  
 Druckerei-Comptoir: 25 241.  
 Der Dr. Richter-Verlag: 20 011.

Schreibweise und Anzeigenschriften  
 Merkmal: 33 42  
 Druck u. Verlag von J. J. Neumann in Dresden.  
 Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Wiedruck aus den Dresdner Nachrichten ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig.

## Das Reichstabinett hinter Stresemann.

Der Kabinettsrat unter Vorsitz Hindenburgs stimmt dem Genfer Ergebnis einmütig zu. Erweiterung des Handelsprovisoriums in Paris. — Der Völkerbund bei Kriegsgefahr. — Wieder ein deutscher Erfolg in Ostoberschlesien.

### Das Ergebnis der Kabinettsitzung.

Berlin, 15. März. Amlich wird mitgeteilt: In dem heute unter Vorsitz des Reichspräsidenten u. Hindenburg abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsauffassung geäußert wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Verhandlungen über die in der Hauptsache die Reichsausschüsse betreffenden Fragen vertreten hat, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu.

### Französischer Ministerrat über Genf.

Paris, 15. März. Im heutigen Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue stattfand, erstattete Außenminister Briand einen Bericht über die Ergebnisse der letzten Genfer Tagung. Besonders ausführlich ging Briand auf die persönlichen Unterhaltungen ein, die er mit den in Genf verammelten Staatsmännern hatte; darunter auch auf die Unterhaltungen mit Dr. Stresemann, Chamberlain und Jaksch. Handelsminister Bokanowski berichtete sodann über den Stand der gegenwärtig in Paris stattfindenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, worauf der Minister für öffentliche Arbeiten, Lardoux, den Ministerrat von der Regelung der Lohnfrage im Verband des Baugewerbes in Kenntnis setzte, der auf eine Lohnminderung im Vergleich um 8% Prozent hinausläuft.

### Eupen-Malmedy ist und bleibt belgisch!

Die belgischen Sozialisten verbünden der deutschen „Kriegslustigen Junger“!

Brüssel, 15. März. Der sozialistische Abgeordnete Somerhausen interpellierte in der Kammer über die Politik der belgischen Regierung gegenüber den einverleibten Kreisen Eupen und Malmedy. Ministerpräsident Jaspers antwortete: Die Lage der beiden Kreise ist festgelegt und endgültig geregelt. Ich spreche es im Namen der ganzen Regierung aus, diese Kreise sind belgisch und werden es bleiben. Unter Wille in dieser Sache entspricht dem Wunsch des Völkerbundes, der feststellt, daß die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy frühzeitig und „unverfälscht“ gemeint ist, und daß die deutschen Ansprüche auf Belgien hinsichtlich dieser Abstimmung durch nichts gerechtfertigt waren. Somerhausen will den Verfall der Vertrag und das Vocarno-Abkommen durchbrechen. Wir können ihm nicht folgen. Die Haltung der belgischen Regierung wird sich nicht durch die Haltung einer kleinen Minderheit ändern lassen, die mit dem deutschen Nationalismus offenbar in Verbindung steht. Hinter dieser Minderheit stehen in Deutschland die schlimmsten Feinde des Friedens. Die (Sommerhausen und seine Anhänger) sind, ohne es zu wissen, die Verbündeten der „Kriegslustigen Junger“.

Der sozialistische Abgeordnete Somerhausen erklärte, es müsse den Bewohnern von Eupen und Malmedy gestattet sein, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland zu bekräftigen, ohne deshalb bedrückt zu werden. Die Wallonen und Flamen hätten ihre Zugehörigkeit zu Belgien freiwillig erklärt, die Bewohner Eupen-Malmedy dagegen nicht. Der Redner erinnerte daran, daß während der militärischen Vorgehenszeit zugunsten Belgiens mit allen Mitteln gearbeitet worden sei. Ministerpräsident Jaspers unterbrach den Redner und erklärte, diese Angaben seien falsch. Somerhausen forderte schließlich die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die erste Abstimmung sei ohne Bedeutung, da das Gebiet militärisch besetzt und die Abstimmung nicht geheim gewesen sei.

Der Abgeordnete der Frontpartei Vos erklärte, die Gegner der Annexion in Eupen-Malmedy hätten recht daran, deutsche Hilfe anzunehmen, da sie selbst Deutsche seien. Der Sozialist Pierrard widersprach Jaspers Behauptungen, daß sich die Verhältnisse in Eupen-Malmedy nie geändert hätten, zumal schon Verhandlungen gepflogen worden seien. Randerwilde erklärte demgegenüber, daß zwischen der belgischen und der deutschen Regierung keine Verhandlungen über Eupen-Malmedy stattgefunden hätten.

Der Abgeordnete der Frontpartei Vos erklärte, die Gegner der Annexion in Eupen-Malmedy hätten recht daran, deutsche Hilfe anzunehmen, da sie selbst Deutsche seien. Der Sozialist Pierrard widersprach Jaspers Behauptungen, daß sich die Verhältnisse in Eupen-Malmedy nie geändert hätten, zumal schon Verhandlungen gepflogen worden seien. Randerwilde erklärte demgegenüber, daß zwischen der belgischen und der deutschen Regierung keine Verhandlungen über Eupen-Malmedy stattgefunden hätten.

### Der Schullerror in Oberschlesien dauert an.

Laurahütte, 14. März. Kürzlich erschien in der evangelischen Minderheitenschule in Laurahütte eine Kommission der Weimarer Reichsregierung, die die Umwandlung von 10 Kindern in die polnische katholische Schule anordnete. Von diesen 10 Schülern sind 5 aus reichsdeutschen Familien. Die Eltern haben seitherige Anträge für die Minderheitenschule gestellt, doch sind diese für ungültig erklärt worden.

### Deutscher Sieg im Ratowitzer Stadtparlament.

Ratowitz, 15. März. In der ersten Sitzung des neu gewählten Ratowitzer Stadtparlamentes am Montag wurde die Wahl des Bureaus vorgenommen, die überwiegend aus den deutschen Parteien ausfiel. Als Stadtverordnetenvorsteher ging aus der Wahl der Sejm-Abgeordnete Janowski von der deutschen katholischen Volkspartei hervor, worauf die Polen zum Zeichen des Protestes den Saal verließen. Zum Stadtverordneten-Vorsitzer Stellvertreter wurde der Kaufmann Woyda von der Mittelstandspartei, zum Schriftführer der Redakteur Kupos von der Rustos-Partei gewählt. (Z. U.)

### Der belgisch-holländische Scheldevertrag.

In Holland spielt sich augenblicklich eine politische Episode mit starken wirtschaftlichen Einschlägen ab, die auch das deutsche Interesse eng berührt. Es handelt sich um den Scheldevertrag mit Belgien, der in zwei wesentlichen Punkten in die Sphäre der deutschen Belange hinübergreift, einmal durch die formelle Aufhebung der belgischen Neutralität mit der Folge, daß Belgien an der bisher Holland allein zustehenden Souveränität über die Scheldemündung einen gewissen Anteil erhält, und zum anderen durch die Erteilung der holländischen Erlaubnis zum Bau des Rhein-Schelde-Kanals von Ruhrort nach Antwerpen. Der genannte Kanal ist im Verfallener Vertrag in Artikel 881 vorgesehen durch die Bestimmung, daß sein Ausgangspunkt auf der Höhe von Ruhrort liegen muß und daß Deutschland verpflichtet ist, soweit die durch deutsches Gebiet führende Strecke in Betracht kommt, den Bau auf eigene Kosten zu vollziehen, während Belgien den Teil zu bezahlen hat, der auf belgischem Boden verläuft. Der Kanal muß aber auch durch niederländisches Territorium geleitet werden, und an dieser Schwierigkeit ist keine Zusage bisher getätigt, weil die Haager Regierung ihre Zustimmung verweigerte. Inzwischen hat die Pariser Diplomatie nicht aufgehört, im Stillen auf die Fertigstellung des Projektes hinzuwirken, da es ein Stück der umfassenden französischen Hilfsorganisation bildet, die zu Vande durch die neuen Militärverträge mit ihrer Umwandlung ganz Frankreich in ein großes Kriegslager schon im Frieden abgeschlossen ist und die nun auch zu Wasser durch den Scheldevertrag vollendet werden soll. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist der Vertrag ein Markt auf dem Wege, an dessen Ende für Frankreich das Ziel steht, sich eine in Waffen starrende Ochrone von Antwerpen bis Basel zu schaffen. Holland gibt seine Neutralität preis, indem es sich verpflichtet, im Kriegsfall die Scheldemündung zu öffnen, und Belgien baut auf Grund der so erlangten Bewegungsfreiheit Antwerpen zu einem gewaltigen Kriegshafen aus, der eine nahezu unangreifbare Operationsbasis erhält. Die Haager Regierung hat es bisher abgelehnt, den Vertrag von 1863, der aus Belgien und Holland zwei getrennte Staatswesen machte, die Neutralität Belgiens festsetzte und den Ausbau Antwerpens zu einem Kriegshafen verbot, zu revidieren, und im Verfolg dieses Standpunktes weigerte sie sich auch, zu der Führung des Rhein-Schelde-Kanals durch holländisches Gebiet ihre Genehmigung zu erteilen. Schließlich ist sie aber doch dem hartnäckigen Druck, der von Paris und Brüssel ausgeht, unterlegen und mürbe geworden. Die letzte Drohung, mit der Belgien operierte, bestand darin, daß es im Falle noch weiteren holländischen Widerstandes eine neue direkte Verbindung seines östlichen Industriegebietes zur See schaffen würde, ohne niederländisches Gebiet zu berühren. Schließlich machte man im Gange auch von einer fortgeschritten Vertiefung der Gegenläufe in der Kanalfrage und in der Stellungnahme zur Souveränität über die Scheldemündung eine Förderung der belgischen Bewegung, die auf die Angleichung der holländischen Provinz Limburg gerichtet ist. So glaubte denn die Haager Regierung den Zeitpunkt zur Nachgiebigkeit gegen die belgischen Wünsche sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen für gekommen, um eine endliche dauernde Entspannung der Beziehungen der beiden Länder, wenn auch mit erheblichen Opfern von holländischer Seite, zu erreichen.

In Belgien wurde die Haager Bereitschaft begrüßterweise lebhaft begrüßt und die Annahme des Vertrages erfolgte in beiden Kammern mit sehr kurzer Mehrheit. In Holland war aber die parlamentarische Zustimmung nicht so leicht zu erlangen, weil dort die öffentliche Meinung sich den Gefahren und Nachteilen des Vertrages für Hollands politische und wirtschaftliche Stellung nicht verschließen konnte. Das Schicksal des Vertrages stand in der Zweiten Kammer auf des Meisters Schmelde, und es bedurfte des ganzen Aufwandes an rednerischer Geschicklichkeit durch den Minister des Inneren van Rattenbeeck, um aus dem Lager der Gegner des Vertrages so viele Stimmen herüberzubolen, daß mit 14 und 14 Stimmen die Ablehnung vermieden werden konnte. Die Mehrheit betrug nur drei Stimmen, also eine sehr unsichere Grundlage bei einer so folgenschweren Entscheidung. Um so größer ist die Spannung, mit der nunmehr die Abstimmung in der Ersten Kammer erwartet wird. Dort ist die Opposition noch viel entschiedener, als in der Zweiten Kammer, und man rechnet vorwiegend mit einem Plaisir der Regierung, deren Sturz dann besiegelt wäre. Die in der Ersten Kammer einflussreichen wirtschaftlichen Kreise betonen insbesondere die ungewissenhaften Vorteile, die Antwerpen durch den Kanalbau in handelspolitischer Hinsicht erlangen würde, während der Rotterdammer Hafen durch die Antwerpener Konturen erheblich geschädigt werden müßte. Für Deutschland könnte es nur erwünscht sein, wenn der Vertrag in der Ersten Kammer zu Fall käme. Vollständig und militärisch würde die deutsche Lage durch den Bau eines mächtigen Antwerpener Kriegshafens

## Generaloffensive der Kanton-Armee.

### Entscheidungsschlacht bei Schanghai.

Die Fremden räumen Nanjing.

London, 15. März. Die Kantonarmee ist mit der englischen Flotte aus Schanghai vertrieben, nachdem sie ihren Anmarsch beendet hat, an der ganzen Front Schanghai-Nanjing an einem allgemeinen Angriff auf die Stellungen der Generalisshanghaier übergegangen. Brennpunkte dieser Entscheidungsschlacht sind Sun-Kiang, Sun-Kiang, Suihsan, Nishan und Nanjing, wo es zu besonders schweren Kämpfen gekommen ist. Alle erfallenen und amerikanischen Staatsangehörigen in Nanjing, deren Zahl etwa 800 beträgt, sind von Schanghai aus angefordert worden, sofort Nanjing zu verlassen. Englische, amerikanische und japanische Kanonenboote sind in Nanjing einetroffen, um den Ausländern die Räumung der Stadt zu erleichtern. Nachdem die bei Schanghai liegenden chinesischen Kriegsschiffe an der Kwomintang übergegangen sind, haben auch die in Lingtau stationierten chinesischen Kriegsschiffe dem Generalisshanghaier erklärt, daß sie seinen Befehlen nicht länger gehorchen würden, wenn er den seit drei Monaten ausstehenden Sold nicht sofort nachschle und den Matrosen nicht sofort neue Uniformen liefere. Hiermit dürfte auch der Übergang dieser Schiffe an den Kantonen so ein mögliches sein.

Im übrigen wird in der Londoner Presse erneut das Gerücht von belgischen Aufständischen in der Kwomintang wiedergegeben. Nach dem „Daily Telegraph“ soll Generalisshanghaier, der Führer des rechten Flügels der Kwomintang, praktisch seiner Führerschaft in der Kantonarmee entbunden worden sein, und Borodin, der Sowjet-Araber der Kantonregierung, habe im Begriff, sich zum Diktator Südhinas zu machen. (?)

### Arbeitszustand in Schanghai.

Schanghai, 15. März. Der Ernst der Lage in China geht aus der Tatsache hervor, daß über die Einkaufspreise von Schanghai der Arbeitszustand verhängt worden ist.

### Eine Schlappete der Kantonesen?

London, 15. März. Wie aus Peking gemeldet wird, haben die Truppen Tchangtschangs Tsingtao besetzt. Die Vorhut der Kantonstruppen zog sich nach dem Kampfe zurück. Marschall Tchangtschao hat angeordnet, das Hauptquartier des Generals Tchin, der den Vormarsch Tchangtschangs aufhalten will, mit Tulsomden zu besetzen. In Kiangso ist eine neue antikommunistische Bewegung im Gange ausgebrochen. In Schanghai ist die Zahl der streikenden Baumwollspinner bereits auf 15 000 gestiegen.

### Tchangtschaische halbjährliche?

London, 15. März. Reuter meldet aus Hankow: Die Zentralregierung der republikanisch-revolutionären Partei, genannt Kwomintang, hat beschlossen, die bisher von Tchangtschaische bekleideten Posten des Vorsitzenden des politischen Rates, des Hauptauschusses und des militärischen Rates abzuschaffen und an ihre Stelle einen aus mehreren Mitgliedern bestehenden Vorstand zu setzen. Tchangtschaische wird einleines Mitglied des militärischen Rates. Erst die Zukunft wird zeigen, ob durch diese Veränderungen der Einfluß Tchangtschaisches vermindert worden ist. (Z. U.)

### Eine britische Fabrik in Hankow enteignet.

Hankow, 15. März. Wie aus Hankow gemeldet wird, haben die Streikführer in der weltbekanntesten britischen Zigarettenfabrik das Unternehmen enteignet. Ein aus Arbeitern und Angestellten zusammengesetztes Komitee wird die Fabrik, die einen Wert von mehreren Millionen Pöster besitzt, auf kommunalistischer Grundlage weiterzuführen. (Z. U.)

### Die Sowjetkuriere leben noch.

Moskau, 14. März. In ihrer Antwort auf die Note des Sowjetkuriertägers teilt die Peking Regierung mit, daß die von den Verbänden von Schantung angehaltenen drei sowjetischen diplomatischen Kuriers und die Gattin Borodins sich in der Stadt Tschinan außer jeder Gefahr befinden. (Z. U.)